

**BEHÖRDEN**

## Mausgraue Ermahnung

Ich habe Post von der Stadt Hannover bekommen. Es war kein freundlicher Brief. Eher so einer von der Art, bei dem man sofort denkt, man habe ein Kapitalverbrechen begangen. Der Fachbereich Recht und Ordnung, von dem dieses mausgraue Schriftstück stammt, teilt mir mit, dass ich meiner Bürgerpflicht nicht nachkommen bin: Ich habe

morlos klingt das im Beamtendeutsch so: „Für diese Aufforderung wird nach Ziff. 398 der Anlage zu § 1 der Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr eine Gebühr von 10,20 Euro erhoben“.

Bis zum 10. Januar habe ich Zeit, „unter Einreichung der Zulassungsbescheinigung Teil 1“ die neue Adresse eintragen zu lassen. Natürlich



**ngespitzt**  
von Andreas Voigt

zeitnah nach meinem Umzug meine neue Adresse in meinem Fahrzeugschein nicht ändern lassen.

Ein findiger Mitarbeiter bei der Kraftfahrzeugzulassungsbehörde, offenbar mit kriminalistischem Gespür ausgestattet, hat das jetzt herausbekommen – gut 15 Monate nach meinem stadtteilinternen Wohnungswechsel. Nun werde ich zur Kasse gebeten. Ganz hu-

gegen eine weitere Gebühr.

Meinen „geänderten Bundespersonalausweis“ muss ich mitbringen, ebenso die „gültige Hauptuntersuchungsbescheinigung“.

Vielleicht sollte ich bis dahin besser diese beiden Dokumente noch schnell aktualisieren ... Aber sagen Sie es denen bei der Stadt nicht weiter. Ich glaube, die verstehen da keinen Spaß.

Der NP-Weihnachtsmann macht sich weiter so seine Gedanken – jeden Tag exklusiv unter:

neuepresse.de

Anzeige

Freude schenken mit dem NP-Winterabo.  
**» 3 Monate schenken, nur 2 bezahlen!**

Jetzt bestellen:  
www.neuepresse.de/osc

## Müllbrände richten großen Schaden an

HANNOVER. Drei Brände mussten Feuerwehren an diesem Wochenende löschen:

■ Aus ungeklärter Ursache geriet ein Müllcontainer in einem Innenhof Am Klagesmarkt (Mitte) in der Nacht zu Sonnabend in Brand. Durch die enorme Hitze wurden neben einem VW Touran auch die Glasbausteinwand eines Friseursalons beschädigt. Rauch strömte ins Geschäft und verurteilte es. Bis auf weiteres bleibt der Friseur geschlossen. Schaden: rund 50 000 Euro.

■ Wenige Stunden später fing ein Müllwagen

auf dem Aha-Betriebshof an der Mannheimer Straße (Laatzten) Feuer. Ein Nachbar hatte gegen 4.40 Uhr Flammen bemerkt und die Feuerwehr alarmiert. Erst mit einem Kran konnten Retter die Heckklappe des Lkw öffnen und den Müll löschen. Ermittlungen zur Brandursache dauern an. Schaden: etwa 100 000 Euro.

■ Achtlos füllte ein 49-Jähriger an der Eichenriede (Uetze) Aschereste in einen Sack. Glutreste fingen Feuer – die Flammen griffen auf einen Carport über. Schaden: rund 5000 Euro. bl



EINSATZ BEI AHA: Mit Schaum löscht die Feuerwehr den brennenden Abfall im Müllwagen. Foto: Senft

# Wird Audimax morgen geräumt?

Uni-Präsident will „von seinem Hausrecht Gebrauch machen“

**Lässt Uni-Präsident Erich Barke Dienstag das besetzte Audimax räumen? Seine Geduld jedenfalls ist am Ende.**

VON THOMAS NAGEL

HANNOVER. Seit 18. November besetzen Studenten der Leibniz-Uni den größten Hörsaal (Audimax). Gestern erklärte ein Sprecher der Besetzer: „Am Dienstag werden wir geräumt.“ Das habe Barke in ei-

nem internen Gespräch angekündigt. Uni-Sprecherin Stefanie Beier entgegnet: „Es gibt keinen Räumungstermin.“ Der Präsident habe Freitag lediglich zu den Studenten gesagt, dass er nicht mehr zu weiteren Diskussionen in ein besetztes Audimax gehen werde. Es sei jetzt an der Zeit, wieder Normalität herzustellen. In einem Schreiben fordert Barke die Besetzer aber auf, den Hörsaal „umgehend“ zu räumen, sonst würde „das Präsidium von seinem Hausrecht Gebrauch machen“.

Auch in einem anderen Punkt scheint die Kommunikation zwischen den Beteiligten gestört zu sein. Denn die Studenten haben mittlerweile, wie von Barke gefordert, ihre Forderungen nach Adressaten geordnet. Beier: „Diese Liste lag uns bis Freitagnachmittag nicht vor.“ In dem Katalog fordern die Studenten vom Bund ein elternunabhängiges Bafög, vom Land die Abschaffung der Studiengebühren und von der Uni die Abschaffung von Anwesenheitslisten, ein größeres Lehrangebot,

mehr Dozenten und ein eigenverantwortlicheres Studium.

Besetzer fürchten, dass nach einer Räumung des Audimax die Forderungen der Studenten im Sande verlaufen. „Bis jetzt sehe ich keine großen Zugeständnisse“, so einer der Besetzer. Dem tritt die Uni-Sprecherin energisch entgegen: „Die Forderungen nehmen wir sehr ernst“, so Beier. Man habe bereits begonnen, erste Missstände zu beseitigen. Dazu gehöre zum Beispiel die Raumnot bei den Philosophen.



GESTERN ABEND: Die Studenten erörtern, wie sie sich zur Anknüpfung der Räumung des Hörsaals verhalten sollen.

Foto: Heusel

Sollte es zu einer Räumung kommen, ist das Verhalten der Besetzer noch nicht klar. „Wir diskutieren noch, ob wir uns

wegtragen lassen oder ob wir auf andere Räumlichkeiten ausweichen, die uns der Uni-Präsident angeboten hat.“



GRÖßER ANDRANG: Parkplätze waren Samstagabend in der City Mangelware. Es gab viele Staus – wie hier auf der Kurt-Schumacher-Straße. Fotos: Behrens



GEDRÄNGE: Die Innenstadt war ab Mittag voll – hier eine Impression vom vorweihnachtlichen Kröpcke.



BELEBT: Das ECE-Center am Hauptbahnhof bleibt ein Publikums-magnet – so auch am Samstag.

## Rettung: Region will vertagen

VON THOMAS NAGEL

HANNOVER. Die Rettungsdienste im Umland haben für Dienstag eine Kundgebung vor Beginn der Regionsversammlung angekündigt. Wahrscheinlich wird es der Mühe nicht bedürfen. Nach NP-Informationen wird der Regionsausschuss die Ausschreibung der Rettungsdienste nicht beschließen. Das Thema soll vertagt werden.

Regionspräsident Hauke Jagau (SPD) wollte sich gestern nicht näher zu dem Thema äußern. Er meinte aber: „Es ist eine neue rechtliche Lage eingetreten, die wir jetzt prüfen müssen.“ Er meint damit die Eilanträge der Johanniter, des ASB, des DRK und der Rettungsdienst-GmbH (550 Jobs) vor dem Verwaltungsgericht. Sie wollen so die europaweite Ausschreibung in 2010 stoppen.

In der Politik sorgt das Thema für große Aufregung. Obwohl SPD, Grüne und FDP im Ausschuss für die Ausschreibung gestimmt haben, droht die Mehrheit zu bröckeln. In der SPD sind einige Politiker gegen die Ausschreibung (NP berichtete). Die FDP ist auch uneins: „Es ist nicht klar, wie wir stimmen werden“, so FDP-Fraktionschef Dieter Lüddecke. Doris Klawunde (Grüne): „Wir halten uns an die Fakten, die Ausschreibung ist aus rechtlichen Gründen notwendig.“ Diese Auffassung teilt auch die Regionsverwaltung. Gegner der Ausschreibung befürchten, dass Billiganbieter bewährte Rettungsdienste verdrängen könnten.

## Einzelhandel freut sich: Adventsumsatz fällt super aus

VON VERA KÖNIG

HANNOVER. Von Zurückhaltung beim Einkauf keine Spur: Hannovers Einzelhandel ist mit dem Ergebnis des zweiten Adventswochenendes sehr zufrieden. „Die Umsätze sind doppelt, ja teilweise dreimal so hoch wie an sonstigen Samstagen“, berichtete Martin Prenzler von der City-Gemeinschaft.

Auf jeden Fall, so Prenzler, würden die guten Vorjahreswerte erreicht. Wegen des leichten Kälteeinbruchs waren warme Textilien gefragt, mehr noch aber Elektronikartikel, Düfte, Spielwaren, Schmuck. Viele prüften im Karstadt Heim & Technikhaus (das zum 31. März schließt), ob sie Geschenke mit Rabatt erwerben können.

Vor den Parkhäusern bildeten sich lange Schlangen. Auch Busse und Bahnen waren voll. Mathias Busch vom Landesverband Mittel- und Großbetriebe im Einzelhandel fiel auf, dass sehr viele Familien in der City unterwegs waren – „die meisten bepackt mit Tüten“. Darunter auch etliche aus dem Umland Hannovers, die nach dem Shoppen noch einen der Weihnachtsmärkte besuchen.

Traditionell ist der zweite Advent einer der umsatzstärksten Tage des Jahres. Was laut Busch damit zusammenhängt, dass die meisten Kunden gerade Dezember-Gehalt und Weihnachtsgeld auf dem Konto haben. Ein noch besseres Geschäft erwartet der Einzelhandel aber am kommenden Sonnabend.

## Sicherheit für Regio-Bus-Jobs

HANNOVER. Für die nächsten zehn Jahre sind die rund 700 Arbeitsplätze bei der Regio-Bus sicher – die Region Hannover hat mit dem Unternehmen eine neue „Finanzierungs-zusage“ geschlossen.

Der Vertrag sichert pro Jahr Zahlungen von rund 20 Millionen Euro für den Busverkehr im Umland zu. Im Gegenzug verpflichtet sich die Regio-Bus zur Einhaltung fester Standards, etwa Pünktlichkeit und Kundenzufriedenheit. wig

# Infrastruktur bleibt größtes Standortplus

Umfrage: Unternehmen beurteilen Verwaltung sehr kritisch. Viele wünschen Bürokratieabbau.

**Ist der Aufschwung in Sicht? 60 Prozent aller Unternehmen rechnen mit einer Trendwende binnen eines Jahres. Das zeigt eine aktuelle Umfrage.**

VON VERA KÖNIG

HANNOVER. „Die Region Hannover braucht den Vergleich mit anderen Metropolregionen nicht zu scheuen.“ Professor Lothar Hübl vom Institut für Sozialpolitik der Leibniz-Universi-

tät beurteilt die Zukunftsperspektiven als gut. Die Zahl der Arbeitslosen werde zwar steigen, so der Experte – aber nicht dramatisch. Sein Tipp an die Politik: „Stadt und Region für hochqualifizierte Arbeitskräfte besonders attraktiv machen!“

Hübls Einschätzung entspricht einer neuen Studie. Die studentische Unternehmensberatung Janus Consultants der Leibniz-Universität hat 380 Unternehmen nach ihrem Eindruck zum Geschäftsklima befragt. Sie loben den Standort

Hannover vor allem wegen seiner guten Infrastruktur und der gut ausgebildeten Fachkräfte. Negativ kommt bei vielen die öffentliche Verwaltung an. „Bürokratieabbau“ ist eine ihrer Forderungen.

Die Wachstumsgesellschaft Hannover-Impuls hat die Umfrage unterstützt. Die Studie orientiert sich an ihren Zielgruppen,

den Fokusbranchen. Das sind der Bereich Automotive, aber auch Energiewirtschaft, optische Technologien und Produktionstechnik. Zu fast 64 Prozent sind die Teilnehmer Kleinstunternehmen.

Nur jeder 25. hat mehr als 250 Mitarbeiter. Die Kleinen haben sich vor allem mit neuen Fördermitteln und mehr Eigenkapital durch

schwierige Zeiten gerettet. Sie verständigten sich auf Gehaltsverzicht (zwölf Prozent), reduzierten Zeitarbeit (sieben Prozent) und boten Kurzarbeit an (acht Prozent). Offenbar mit Erfolg: 38 Prozent beurteilen ihre Geschäftslage nun „eher günstiger“ als sechs Monate zuvor.

Gemessen an der ersten Studie hat sich die Teilnehmerzahl verdoppelt. Michael Klünder von Hannover-Impuls geht deshalb davon aus, dass das Ergebnis eine genaue „Momentaufnahme und Prognose unter

Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten“ zulässt.

Zu erkennen sei auch Handlungsbedarf. Ein Hemmnis beispielsweise ist die Kreditfinanzierung. 26 Prozent der Unternehmen wollen ihre Investitionen ausweiten. Sie wünschen sich dafür verbesserte Kreditkonditionen. Steuerliche Entlastungen nennen nur 18 Prozent als wichtigste Aufgabe für die Zukunft. Den höchsten Stellenwert haben bei 27 Prozent Mehrausgaben im Bereich der Bildung.



Michael Klünder



Lothar Hübl